

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einrechnung 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 297

Dresden, Montag, 22. Dezember

1924

Die Frage der Räumung der Kölner Zone.

Ein Schritt in Paris.

Paris, 21. Dezember.

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoesch, hat gestern bei der französischen Regierung eine Demarche in der Frage der Räumung der Kölner Zone unternommen. Er wurde von dem politischen Direktor des Außenministeriums, Laroche, empfangen, mit dem er eine längere Unterredung hatte. v. Hoesch hat mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Nichträumung der Kölner Zone zum 10. Januar eine öffentliche Verletzung des Friedensvertrags darstelle und daß sie deshalb nicht ohne Rückwirkung auf die deutsche Außenpolitik bleiben könne. Auf jeden Fall würde die Nichtinnehaltung des im Friedensvertrag festgesetzten Termins in Deutschland die Konstituierung eines Kabinetts erschweren müssen, daß die von den Alliierten gewünschte Gewähr für die Durchführung des Dawesplans bieten würde. Nach dem „Brit Parisien“ soll Laroche erklärt haben, daß eine Entscheidung über die Räumung von Köln noch nicht gefallen sei und erst getroffen werden könne, sobald der Bericht der alliierten Kontrollkommission vorliegt, da von dessen Inhalt allein diese Entscheidung abhängig sei.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ will aus ostindischer Quelle erfahren haben, daß Deutschland, wenn es nicht schon heute auf die Räumung der Kölner Zone für den 10. Januar 1925 rechte, sehr entschlossen sei, in der energischsten Forderung dagegen zu protestieren, falls diese Verlängerung der Besetzung einfach durch die Alliierten beschlossen werde, ohne daß im voraus Verhandlungen hierüber mit der Reichsregierung eingeleitet würden.

Reichsregierung und Militärkontrolle.

Berlin, 21. Dezember.

Die Reichsregierung wendet sich in einer längeren Erklärung gegen die kürzlich vom „Tempo“ ausgesprochenen Behauptungen über das Ergebnis der Militärkontrolle in Deutschland. Die Regierung behauptet, den ihr auferlegten Verpflichtungen durchaus gerecht geworden zu sein und bekennt insbesondere, daß seit 1923 eine Vermehrung der deutschen Wehrmacht stattgefunden habe.

Die Reichsregierung hat sich gestern eingehend mit den auspolitischen Fragen, u. a. auch mit der Militärkontrolle und der Räumung der Kölner Zone befaßt.

Der Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 21. Dezember.

Über den augenblicklichen Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen werden von der zuständigen deutschen Stelle folgende Mitteilungen gemacht: Die Besprechungen zwischen der Schwerindustrie beider Länder sind noch zu keinem abschließenden Ergebnis gelangt. Tagesgegenstand sind die zu Beginn dieser Woche in Paris eingeleiteten Verhandlungen zwischen der eisenverarbeitenden und eisenverarbeitenden Industrie zu einer grundsätzlichen Verständigung geführt, die in einer Art Vorabkommen ihre vorläufige Festlegung erfahren hat. In einer Einigung zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen ist es auf dem Gebiete der Seide und neuerdings auch auf dem der Möbelindustrie gelungen. Für die Erzeugnisse der Spielwarenindustrie haben die Franzosen sich zur Einräumung des Minimaltarifs bereit erklärt. Da dieser aber durch die bereits mehrfach erwähnte Novelle zum französischen Zolltarif auf das Niveau des bisherigen Satz erhöht werden soll, ist dieses Zugeständnis leider nur sehr platonischer Natur. Ganz beträchtlich verschiedener Meinung ist man noch auf dem Gebiete der Textilindustrie und zwar insbesondere auf dem der Baumwoll-erzeugnisse.

Ein Zwischenfall, zu dem es in der gestrigen Sitzung zwischen den Baumvollständigverständigen beider Länder gekommen ist, wird von der deutschen Seite als völlig bedeutungslos bezeichnet, und die von der hiesigen reaktionären Presse gegebene Darstellung scheint in tendenziöser, gegen den Handelsminister Kainaldy gerichteter Weise aufgebauscht zu sein.

Der neue deutsche Botschafter in Washington.

Berlin, 22. Dezember.

Amtlich wird gemeldet: Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Hr. v. Waljan ist zur Disposition gestellt und gleichzeitig zum Botschafter in Washington ernannt worden.

Zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ist der bisherige Leiter der Abteilung B (England, Amerika), Konsulardirektor v. Schubert, ernannt worden. Herr v. Schubert hat die Geschäfte des Staatssekretärs übernommen.

Die „kommunistische Gefahr“ in Frankreich.

Paris, 20. Dezember.

In der nationalistischen Presse ist seit einiger Zeit viel von der „kommunistischen Gefahr“ die Rede. In der Tat wird in den letzten Wochen ein gewisses Aufleben der kommunistischen Agitation beobachtet. Die französische kommunistische Partei sucht aus allen Kräften von sich reden zu machen.

Für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Berlin, 21. Dezember.

Die Akademische Vereinigung der Völkerbundfreunde in Berlin veranstaltete, gemeinsam mit der Zentralkommission für deutsche Völkerbundarbeit, einen fast besetzten Vortragabend im Herrenhaus, dessen Thema Deutschland und der Völkerbund war.

Zu Beginn sprach der große sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Edward Bernheim über die allgemeinen Gesichtspunkte für die Stellung Deutschlands zum Völkerbund. In einer eindrucksvollen Rede plädierte dann Professor Schönding für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Er führte aus, daß der „aero egoismo“, der die Italiener in den Krieg geführt habe, auch die Magime der Bismarck'schen Politik, des Glaubens an Blut und Eisen gewesen sei, der schließlich Deutschland in die Tiefe geführt habe. Das Denkmal Rantz, der die rechtliche Organisation der Menschheit als das wichtigste Problem bezeichnet habe, sei nicht schlechter als das Bismarck'sche.

Kauf hätte die Schädigung der Verhandlungsbasis für die Förderung des internationalen Rechtsgedankens, die in der Völkerbundära die intellektuelle Oberstufe Deutschlands charakterisiert habe. Dafür sei dann eine Überwindung des Rechtsgedankens von Professoren und politisierenden Generolen durchgeführt worden. Auch während des Krieges habe das offizielle Deutschland, im Gegensatz zur Ansicht, es nicht verstanden, die internationale Rechtsidee zu seiner eigenen zu machen.

Als er, Schönding, während des Krieges im Auswärtigen Amt vorgeschlagen habe, den Weg zum Völkerbund zu eröffnen, habe er einen paßfähigen Kriegsziele das Wasser abgesehen, da sei ihm von dem damaligen Staatssekretär geantwortet worden: „Aber das würden ja die Generale und Marineoffiziere nicht.“

Jetzt komme es darauf an, daß wir zu den Ideen der emotionalen Rechtsordnung die richtige Einstellung gewinnen. Gewiß seien diese Ideen in dem Senfer Völkerverbund nicht ideal verwirklicht. Aber trotzdem müssen wir versuchen, in den Bund hineinzukommen, weil der Bund immer wieder über deutsche Interessen zu entscheiden hat. Der Völkerbund, so wie er heute sei, habe eine imperialistische Seite, die in die Vergangenheit weise und eine idealistische Seite, die auf die internationale Solidarität der Zukunft weise. Diese Seite zu entwickeln, sei die Hoffnung der Völkerverbände in allen Ländern. Aus dem Völkerbund werde das werden, was die Völkerverbände aller Länder daraus zu machen verstanden.

Für uns selbst habe der Völkerbund praktische Bedeutung, als die einzige Stelle, die sich offiziell mit dem Wiederaufbau des Weltfriedens befaßt habe, als die Stelle, die allen der Welt die deutsche, Österreichische, die Wiedererlangung von Kolonien, die Durchführung einer allgemeinen Abrüstung bewirken werden könne.

Jetzt sei die Frage, ob die Abrüstung nach dem Völkerbund, das der Friedensvertrag für Deutschland gebracht habe, allgemein verwirklicht werde, jetzt sei die Frage, ob die Abrüstung, mit der der Friedensvertrag und gegenüber ernst gemacht habe, ein Anfang zu einer allgemeinen Tat oder eine Ausnahme sein solle, und hier scheiden sich scharf die Geister:

Soll Deutschland wieder ausstrahlen und damit selbstverständlich neuen Kataklysmen auslösen, oder sollen wir umgekehrt auf die Abrüstung aller hinwirken? Wie wollen aber nicht allein um unserer Interessen willen in den Völkerbund eintreten, sondern im Interesse der Menschheit, zu der wir doch auch gehören. Die deutsche Sache und die Menschheitssache fallen zusammen.

Wenn wir die Menschheitsfrage fördern, dann fördern wir zugleich unsere Sache. Nur wenn wir uns durch den Eintritt in den Völkerbund zu der großen Menschheitsfrage bekennen, können wir hoffen, daß auf friedlichem Wege einmal auch wir uns der Tag der Wiedergeburt nähert.

Der neugewählte Zentrumsvorordnete Prof. Dr. Deffauer (Frankfurt a. M.) beschloß die Reihe der Ansprachen mit einem kurzen einleitenden Redebeitrag zum Völkerbund. Der Gang nach Genf könne für Deutschland, nach den bitteren Erfahrungen der letzten Jahre, ein schwerer Gang zu sein. Aber wir müssen wissen, ob die Gegenstände des Augenblicks vordringen vor den Forderungen, die das Völkerverbanden in der Geschichte der Menschheit an uns stellen. Prof. Deffauer bekannte sich zum Glauben an den Fortschritt in der Geschichte.

Es gibt Mächte in der Weltgeschichte, die auch qualitativ die Menschheit höher führen, in langsamem zähen Ringen, und diese Mächte werden auch Kräfte, die härter als Gewalt sind. Sie wirken auch im Völkerbund. Auf sie müssen die Menschen, wenn sie ihre Sache nicht aufgeben wollen, letztlich doch vertrauen.

Der Völkerbund ist noch nicht gut und vollkommen, wie jedes neue Werk. Er trägt aber trotz allem das Siegel der besseren Ideen an sich, der Ideen der Gerechtigkeit, die er schließlich auch in seinen Taten ausstrahlen lassen muß. Deshalb müssen wir in den Völkerbund eintreten. Wir müssen hinein, nicht, weil er gut ist, sondern weil wir, wenn wir nicht dabei sind, ihn auch nicht besser machen könnten. Wir dürfen uns auch durch ein Dupend Enttäuschungen nicht abschrecken lassen, selbst wenn neue Enttäuschungen kommen sollten.

Wer nicht will, daß der Haß in alle Ewigkeit die Menschheit erziele, der muß wünschen, daß jetzt endlich zu Taten geschritten werde, die den Haß auslöschen. Optimistisch sein, das ist die Kraft eines lebendigen Volkes.

Wenn und weil wir diese Kraft in uns verspüren, müssen wir in den Völkerbund eintreten. Die Vorträge fanden bei dem dichtesten Laufe reichen Beifall.

zu machen. Alle Mittel sind ihr zu diesem Zweck gut genug. Nachdem die Affäre Saboul den beschuldigten Zweck der Aufspaltung der Massen verfehlt hat, organisiert sie jetzt eine Propagandawoche angeblich mit dem Ziel der Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit. Das tatsächliche Ziel geht dahin, die Confédération Générale du Travail als Gegenpart der nationalen und internationalen gewerkschaftlichen Vereinigung hin und her zu ziehen. Um ein Zusammenhangsmoment für ihre Versammlungen zu schaffen, hat die Parteileitung angekündigt, daß im Laufe der Manifestation in Les Saint Gervais außer den kommunistischen Rednern auch der Vorrede der Antarktisamer Gewerkschaftsinterrationale, Durcell, und Edo Jimmen, der Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Gewerkschaft, das Wort ergreifen würden. Sowohl Durcell als auch Edo Jimmen haben nunmehr b. launig gegeben, daß sie an dieser Versammlung nicht teilnehmen werden und auch nie beabsichtigt haben, es zu tun.

Frossard, der vor zwei Jahren die kommunistische Partei verlassen hat, widmet der sogenannten „kommunistischen Gefahr“ einen Artikel im „Parisien“, in dem es u. a. heißt: In den letzten zwei Jahren hat die französische kommunistische Partei zwei Drittel ihrer Mitgliedschaft verloren. Sie genügt keinen Einfluss außerhalb Paris und einiger Departements, wie im Norden, in Elsaß-Lothringen und im Departement Lot-et-Garonne. Die durchgeführte „Wassermessung“ der Partei hat ihr weitestgehend eine Homogenität und eine Aktionsfähigkeit gegeben, die die Intensivierung der Propagandatätigkeit erlaubt. Jedoch sind die Führer der Partei, durch die Erfahrungen in Deutschland, in Ungarn und in Estland belehrt, klug genug, um nicht den „endgültigen Kampf“ zu unternehmen, solange es ihnen nicht gelungen ist, die Massen zu erobern. Es existiert keine „kommunistische Gefahr“, aber die Reaktion sucht eine solche zu fabrizieren, um sie für ihre Parteizwecke auszunutzen.

Inmitten der eigenartigen Verhandlungen sind gestern zum ersten Male die Frage der Errichtung von Konsulaten, der Seeschiffahrt und des gegenseitigen Niederlassungsrechts amnestriert worden. Die von deutscher Seite vorgeschlagene Regelung auf Grund gegenseitiger Weisbegünstigung scheint den Franzosen, die jede langfristige Bindung vermeiden wollen, nicht erwünscht zu sein. Insbesondere gilt dies für das von Deutschland verlangte Niederlassungsrecht. Auch hinsichtlich der Errichtung von Konsulaten konnte bisher eine beide Teile befriedigende Formel nicht gefunden werden, obwohl man in der Sache selbst ziemlich einig zu sein scheint. Beschluß der Zersplitterung wird von Frankreich die Inkonsistenz der internationalen Abkommen von Barcelona und Genf vorgeschlagen, eine Neoregelung, die für Deutschland insofern nicht rechts befriedigend wäre, als sie sich nur auf Frankreich selbst, nicht aber auch auf die Gesamttheit der französischen Kolonien beziehen würde.

Das italienische Staatsbudget.

Berringerung der Staatsschuld.

Rom, 21. Dezember.

In der Besprechung des Budgets erklärte der Finanzminister de Stefani in der Kammer: Die Lage des Budgets gestalte, die innere Staatsschuld im Rechnungsjahr 1923/24 um 1.614.000.000 zu verringern und erlaube außerdem, in den ersten fünf Monaten des laufenden Rechnungsjahres eine weitere Berringerung der inneren Schuld um 958 Millionen herbeizuführen. Es ist ferner daran zu erinnern, daß die Bewegung der Staatskasse wieder normal ist. Die Stabilität des Budgets ergibt sich aus folgenden Daten: 1. Die natürliche Berringerung der vorläufigen Einnahmen aus dem Kriege ist durch die natürliche Entwicklung der ständigen Einnahmen ausgeglichen worden, die von 79,35 Proz. der gesamten Einnahmen von 1921/22 auf 86,89 Proz. im Jahre 1922/23 und auf 87,90 Proz. im Jahre 1923/24 gestiegen sind. 2. Die Einnahmen aus den ständigen direkten Steuern entwickelten sich während der vier Jahre 1918 bis 1922 indem sie sich im Jahresdurchschnitt um 308 Millionen und in den Jahren 1923/24 jährlich um 613 Millionen erhöhten.